

TOP 3.7.6 Vorschau EU-Themen 2. Halbjahr 2012

1. Einleitung

Im zweiten Halbjahr gehen viele europäische Themen mit starker Relevanz für die ArbeitnehmerInnen in eine wichtige Phase. Allem voran wird die weitere Bekämpfung der Krise und die Stabilisierung des Euro(raum)s stehen. Im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik ist den Weiterentwicklungen im Entsenderecht, der massiv angestiegenen Jugendarbeitslosigkeit sowie dem Thema Pensionen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

2. Wirtschaftspolitik

Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion:

Kurzfristig liegt eine Stabilisierung des Euroraums in den Händen der **EZB**. Sie hat es in der Hand, durch den Ankauf von Staatsanleihen ein weiteres Auseinanderdriften der am Kapitalmarkt erfolgenden Zinsen für Staatsanleihen zu verhindern.

Als mittel- bis langfristige Lösungen werden voraussichtlich die **Reformvorschläge der vier Präsidenten** des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission, der EZB und der Eurogruppe **zur stärkeren Integration der Wirtschafts- und Währungsunion** im Mittelpunkt der politischen Debatten stehen.

Der **Europäische Stabilitätsmechanismus** soll ab September einsatzfähig sein. Mit Spannung sind die Urteile des deutschen Bundesverfassungsgerichts zu Fiskalpakt und ESM zu erwarten (ebenfalls September).

Legislative Auseinandersetzungen auf Ebene des Rates und des Parlaments wird es zum sog. „**Doppelpack**“ geben, mit dem das „Economic Governance Six Pack“ um weitere haushaltsrechtliche Restriktionen zu Lasten der Mitgliedstaaten erweitert werden soll.

Zur Stärkung des Wachstumsfokus wird die (wenig Substanz erwartende) Umsetzung des **Pakts für Wachstum- und Beschäftigung** auch in Verbindung mit dem nächsten **Jahreswachstumsbericht** propagiert werden. Zu erhoffen sind wenigstens positive Synergieeffekte im Hinblick auf den **mehrfährigen Finanzrahmen 2014-2020**: Er soll bis Jahresende verabschiedet werden. Für den Europäischen Rat im Dezember kündigen sich heiße Verhandlungen über Gesamthöhe und Zielwidmung an.

Finanzmarktregulierung:

In einigen Dossiers der Finanzmarktregulierung stehen im Herbst wichtige Entscheidungen an. Zu nennen sind insbesondere die Regulierungsvorschläge zu den **Rating Agenturen**, zu den **Abschlussprüfern** sowie zu den **Eigenkapitalvorschriften von Banken**, wo sowohl auf Ebene des EPs als auch im Rat zumindest die erste Lesung abgeschlossen werden könnte.

Weiters soll die Rechtsstellung der KonsumentInnen durch Basisinformationsblätter für **Anlageprodukte**, im Bereich der **Versicherungsprodukte** und bei **Investmentfonds** verbessert werden. Die Verhandlungen über die drei Rechtsakte werden im Herbst intensiviert werden.

Bis Jahresende soll der Rat im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit von mindestens neun Mitgliedstaaten die **Finanztransaktionssteuer** beschließen. Es sind erhebliche Verwässerungen (ua Ausklammerung von Pensionsfonds) zu befürchten.

Im Bereich des **Außenhandels** werden die bilateralen Abkommen (insb. mit Indien) weiterverhandelt werden. Für die Machbarkeit eines Abkommens mit den USA wird nicht zuletzt den Präsidentschaftswahlen im November Beachtung beizumessen sein. Zu erwarten sind ferner Initiativen der Kommission zur weiteren Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen.

In diesem Zusammenhang spielt auch der Fortgang des Mitentscheidungsverfahrens zu **Dienstleistungskonzessionen** eine wichtige Rolle. Es ist aufs Engste verwoben mit dem großen Reformpaket zur **öffentlichen Auftragsvergabe**, welches im Herbst insbesondere auf Ebene des EPs intensiv verhandelt werden wird.

Auch bei einigen weiteren wirtschaftspolitischen Themen wird der Fokus auf das EP gerichtet sein, etwa bei der **weiteren Liberalisierung bei den Bodenabfertigungsdiensten** oder **der umstrittenen Zulassung von Gigalinern**. Aus Verbrauchersicht zu erwähnen ist schließlich das umstrittene Vorhaben eines **EU-Kaufrechts**.

3. Sozial- und Beschäftigungspolitik

Die EU-Kommission hat vor kurzem ein umfangreiches **Beschäftigungspaket** vorgelegt, mit dem eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, besonders zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt wurde. Beim geplanten Vorschlag der Kommission zur **Jugendgarantie** dient die österreichische Beschäftigungsgarantie als Vorbild.

Mit dem Vorschlag der Kommission zur Durchsetzung der **Entsenderichtlinie** wurde versucht eine Regelung zu schaffen, die zu Verbesserungen bei grenzüberschreitenden Entsendungen führt. Aus Sicht der AK sind einige gute Forderungen enthalten, aber es bedarf noch einiger Abänderungen im Gesetzwerdungsprozess auf Ebene des EPs und des Rates.

Mit dem **Weißbuch Pensionen** wurde ein weiterer Schritt auf EU-Ebene unternommen, um über die Nachhaltigkeit, Sicherheit und Angemessenheit von Pensionssystemen zu diskutieren. Die AK hat sich mit der Nennung des Abhängigkeitsquotenrechners im Weißbuch Pensionen erfolgreich eingebracht und wird dies auch weiterhin tun, denn die Diskussion ist noch lange nicht abgeschlossen.

4. Zypern erstmals Ratsvorsitzland

Seit 1.7.2012 hat erstmals Zypern den Ratsvorsitz inne und wird – abseits des Europäischen Rates und der Euro-Gruppe – das Gros der Ratstagungen leiten. An der Spitze der zyprischen Regierung steht mit Dimitris Christofias der einzige Staats- und Regierungschef links der Sozialdemokratie. Gleichwohl hat Zypern unverändert eine Gesetzgebung, die der Steuerhinterziehung in anderen Ländern, auch EU-Mitgliedsländern, vorschub leistet. Ein verheißungsvoller Präsidentschaftsstart wurde schließlich durch den Umstand vereitelt, dass Zypern seit Ende Juni 2012 der Finanzhilfe aus dem Euro-Rettungsfonds bedarf.